

Schweizer Banken und die von ihnen finanzierten Emissionen

«If we don't make the minimum global effort, which will be hopefully upped next year, to curb emissions, rising temperatures will wipe out whole segments of economies, not to mention the dramatic human damage it will cause.»

– Christine Lagarde Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), am World Economic Forum 2019¹

Einführung

Unserer Erde und der Weltwirtschaft drohen Schäden von katastrophalem Ausmass: Ganze Wirtschaftszweige werden vernichtet, wenn es uns nicht gelingt, den Klimawandel aufzuhalten. Um das global vereinbarte Ziel einer maximalen Erderwärmung von «deutlich unter 2 Grad und möglichst 1,5 Grad» zu erreichen, müssen die weltweiten Treibhausgasemissionen im Laufe der nächsten elf Jahre drastisch verringert und bis spätestens 2050 auf netto Null gesenkt werden. Eines der drei Hauptziele des Pariser Klimaabkommens von 2015 besteht darin, die globalen Finanzflüsse mit den Erfordernissen einer Politik zur Verminderung von Treibhausgasemissionen und einer klimabeständigen wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang zu bringen. Als Unterzeichnerin des Pariser Abkommens hat sich die Schweiz zu diesem Ziel verpflichtet.

Die Schweizer Finanzwirtschaft ist allerdings immer noch weit davon entfernt, den neuen Realitäten ins Auge zu sehen und ihre Aufgabe ernst zu nehmen. Laut Angaben des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) unterstützen die in der Schweiz verwalteten Anlageportfolios eine katastrophale weltweite Erwärmung von 4 bis 6 Grad. Weniger Beachtung haben bisher die

Klimaauswirkungen und Risiken durch das Firmenkreditgeschäft der Schweizer Banken erhalten. Greenpeace Schweiz hat die finanzierten Emissionen von der Credit Suisse und der UBS anhand ihrer Kreditvergabe an 47 Unternehmen untersucht sowie deren Auswirkungen auf das Klima analysiert.² Im vorliegenden Factsheet präsentieren wir die wichtigsten Ergebnisse dieser Analyse.

Die Schweizer Finanzinstitute müssen jetzt entscheiden, ob sie die Weltwirtschaft bei der Umstellung auf eine kohlenstoffarme Zukunft richtungsweisend unterstützen wollen. Oder ob sie aber im bisherigen Stil weitermachen und damit letztlich ihre Relevanz und das Vertrauen von Gesellschaft sowie Aktionärinnen und Aktionären verlieren und unsere Erde näher an den Abgrund bringen wollen.

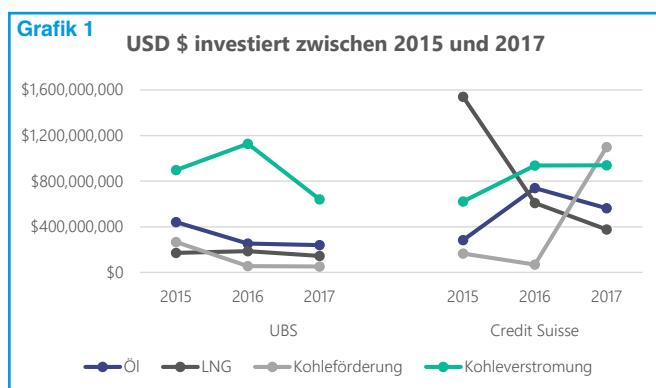
¹ <https://www.express.co.uk/finance/city/1077843/Christine-Lagarde-Davos-2019-financial-crisis-warning-climate-change>

² <https://www.bafu.admin.ch/bafu/en/home/topics/climate/info-specialists/climate-and-financial-markets.html>

Die Finanzierung von Unternehmen im Bereich der extremen fossilen Brennstoffe ...

Der Bericht **«Eine Analyse der von Credit Suisse und UBS finanzierten Emissionen aus fossilen Brennstoffen»** vom November 2018³ bietet eine quantitative Analyse der Emissionen, welche die Credit Suisse und die UBS durch die Finanzierung von Unternehmen, die im Bereich der sogenannten extremen fossilen Brennstoffe tätig sind, mitverantworten. Eine Analyse der Finanzierung an 47 Unternehmen, die in diesem Sektor (Kohle, Öl aus Teersanden, aus der Arktis und der Tiefsee sowie Flüssiggas [LNG]) aktiv sind, zeigt, dass die beiden Schweizer Grossbanken einigen der weltweit kohlenstoff-intensivsten Unternehmen und Projekten Milliarden zur Verfügung stellen.

Insgesamt haben die Credit Suisse und die UBS zwischen 2015 und 2017 rund 12,3 Milliarden US-Dollar für 47 Unternehmen bereitgestellt, die extreme fossile Brennstoffe nutzbar machen (UBS 4,5 Milliarden US-Dollar, Credit Suisse 7,8 Milliarden US-Dollar).



Während die UBS ihre Finanzierung an solche Unternehmen zwischen 2015 und 2017 in absoluten Zahlen verringert hat, ist die Finanzierung durch die Credit Suisse (ebenfalls in absoluten Zahlen) im

gleichen Zeitraum gestiegen. Der Rückgang bei der UBS geht auf eine abnehmende Finanzierung in den Bereichen Öl, Kohleförderung und Kohleverstromung zurück. Die Erhöhung bei der Credit Suisse ist im Wesentlichen das Resultat einer deutlichen Steigerung der Finanzierung an Unternehmen in der Kohleförderung zwischen 2016 und 2017 (vgl. Grafik 1).

... verursacht schädliche Emissionen und beschleunigt den Klimawandel

Im Jahr 2017, zwei Jahre nach der Verabschiedung des Pariser Abkommens, **erreichten die von den beiden Banken finanzierten Emissionen einen Höchstwert von 93,9 Mio. Tonnen CO₂e** (vgl. Grafik 2). Mit der Finanzierung von 47 Unternehmen, auf die wir uns im vorliegenden Bericht beschränken, verantworteten die beiden Banken 2017 rund **zweimal so viele Treibhausgasemissionen wie die gesamte Bevölkerung und alle Industrien der Schweiz** zusammengenommen.

Mit 82,6 Mio. Tonnen CO₂e war die Credit Suisse für den Löwenanteil der 2017 finanzierten Emissionen verantwortlich (vgl. Tabelle 1). Ungefähr 67,2 Mio. Tonnen CO₂e stammen aus der Finanzierung von Kohle, was einem **16-fachen Anstieg gegenüber 2016** entspricht. Damit trug die Credit Suisse 2017 mehr als zweimal so viel zum Ausstoss von klimaschädigenden Emissionen bei als die Schweiz in einem Jahr mit ihrem gesamten Energieverbrauch.⁴ Die Gesamtmenge der von der Credit Suisse und der UBS finanzierten Emissionen zwischen 2015 und 2017 (47 Unternehmen) würde zu einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur von 0.0001293345 Grad führen.

Klimaschutz sieht anders aus, daran ändert auch die grün-klingende Öffentlichkeitsarbeit der Banken nichts.

³ «Eine Analyse der von Credit Suisse und UBS finanzierten Emissionen aus fossilen Brennstoffen». right. based on science, Frankfurt am Main, November 2018. www.greenpeace.ch

⁴ Gemäss Treibhausgasinventar der Schweiz betragen 2016 die durch die Energienutzung in der Schweiz verursachten Emissionen rund 37,5 Mio Tonnen; insgesamt wurden 48.3 Mio. Tonnen Treibhausgase emittiert.

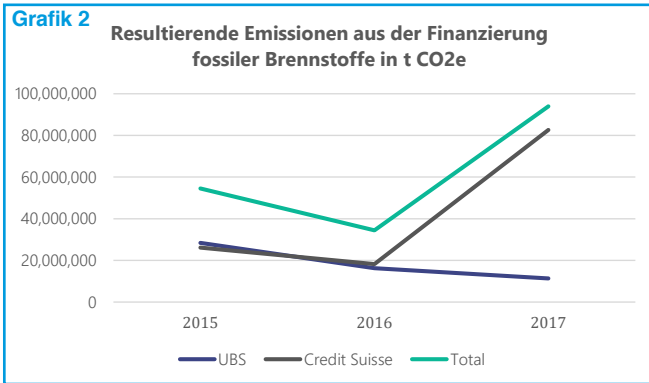
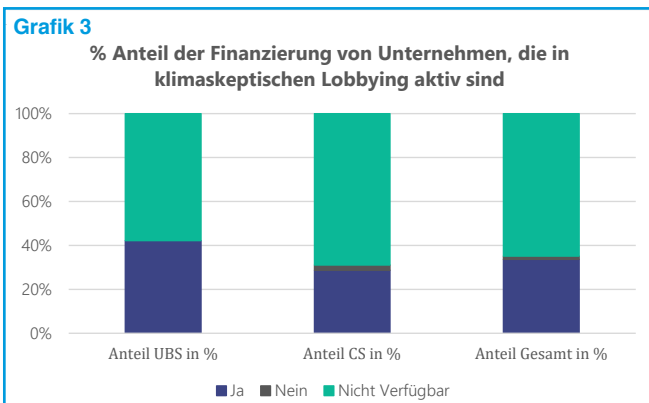


Tabelle 1 – Emissionen verursacht durch die Finanzierung solcher Aktivitäten in Tonnen CO₂e:

	2015	2016	2017	2015-2017
UBS	28,105,305	16,210,013	11,329,433	55,947,752
CS	26,129,652	18,220,964	82,628,263	126,978,880
Total	54,537,957	34,430,978	93,957,697	182,926,633



...und viele dieser Unternehmen lobbyieren gegen Klimaschutz

Von den 47 untersuchten Unternehmen unterstützen elf aktiv die Bemühungen einer den Klimawandel leugnenden Lobby zur Verhinderung oder Verwässerung von Massnahmen und Vorschriften zum Klimaschutz. Nur gerade von der Firma Enel ist bekannt, dass sie sich von solchen Aktivitäten distanziert. Für viele der hier analysierten Unternehmen lagen jedoch keine oder nur wenige verlässliche Angaben zur

Lobbyarbeit vor. Doch mindestens 42,2 Prozent der UBS-Finanzierung von extremen fossilen Brennstoffen, bzw. 28,7 Prozent der Finanzierung von der Credit Suisse gingen an Firmen, die im klimaskeptischen Lobbying tätig sind (vgl. Grafik 3).

Es überrascht nicht, dass bloss zwei der finanzierten Firmen über ein Science Based Target (SBT)⁵ verfügen, nämlich Enel und NRG Energy.

Mit der Verbrennung der fossilen Brennstoffreserven von weniger als der Hälfte dieser Unternehmen würden dreimal so viele Emissionen freigesetzt wie auf der ganzen Welt in einem Jahr.

Der Blick auf die fossilen Brennstoffreserven von lediglich 19 der untersuchten Unternehmen zeigt, wie stark die Schweizer Banken nach wie vor auf das Zeitalter der fossilen Brennstoffe setzen. Würden die gesamten Reserven dieser 19 Firmen verbrannt, würden dabei 144,5 Mrd. Tonnen CO₂e freigesetzt – rund dreimal so viel, wie die ganze Welt in einem Jahr emittiert.

Klimawandel setzt viele Unternehmen kurz- und langfristigen physikalischen Risiken aus

Finanzaufsichtsbehörden haben verschiedentlich davor gewarnt, dass physikalische Auswirkungen und regulatorische Anpassungen aufgrund des Klimawandels für die Kreditportfolios der Banken ein materielles Risiko darstellen könnten.

⁵ Ein SBT ist ein Emissionsreduktionsziel, das einem Unternehmen genau sagt, wie viele Emissionen es relativ zu einem Basisjahr reduzieren muss, um sich im Sinne des Pariser Klimavertrages zu entwickeln: <https://sciencebasedtargets.org/>

Es lässt sich längst nicht mehr leugnen, dass wir zunehmend die Folgen des Klimawandels zu spüren bekommen. Je länger wir warten, um die Treibhausgasemissionen und den ungebremsten Klimawandel unter Kontrolle zu bringen, desto unwiderruflicher werden die Veränderungen sein.

Physikalische Risiken ergeben sich aus der Variabilität des Klimas, aus Extremereignissen und aus längerfristigen Verschiebungen bei den Klimamustern, die sich bereits abzeichnen. Noch mögen die Klimarisiken einer Firma oder eines Projekts in vielen Fällen durch Versicherungen gedeckt sein, doch bereits **warnen viele Versicherungsgesellschaften, dass eine 3 Grad oder 4 Grad wärmere Welt nicht mehr versicherbar wäre.**⁶

Unterdessen steigen die Versicherungsprämien nach einer Reihe von schweren Wirbelstürmen, Überschwemmungen und einer intensiven Waldbrandsaison weiter an. Wenn sie nicht geprüft werden, könnten die physikalischen Risiken zu einer wesentlichen Verschlechterung der finanziellen Situation der betroffenen Unternehmen führen, die dann **ihren Verpflichtungen gegenüber den Banken nicht mehr nachkommen könnten.**

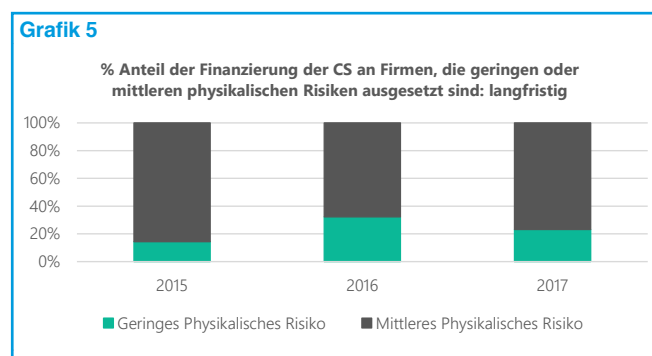
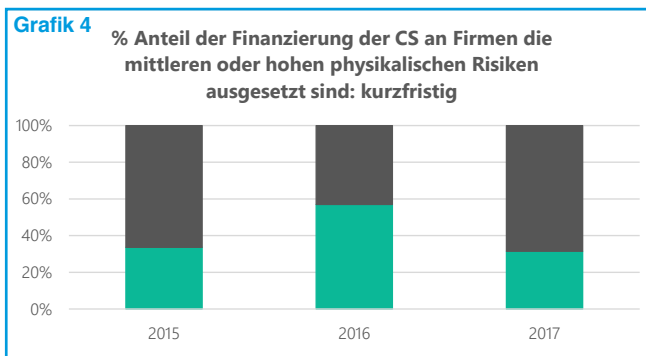
34 der analysierten Unternehmen sind klimabedingten physikalischen Risiken ausgesetzt, wenn auch mit unterschiedlichen Zeithorizonten. Je nach Branche und Region wurden diesen Unternehmen charakteristische physikalische Risikogrößen entsprechend ihrer Gefährdung durch langfristige Klimaveränderungen und katastrophale Ereignisse zugeschrieben.⁷

⁶ «Climate change on track to make world 'uninsurable': IAG», Financial Review, 15. November 2018: <https://www.afr.com/business/insurance/climate-change-on-track-to-make-world-uninsurable-iag-20181115-h17xu5>. «AXA Insurance Chief Warns of 'Uninsurable Basements' from New York to Mumbai», Insurance Journal, 15. Januar 2018, <https://www.insurancejournal.com/news/international/2018/01/26/478615.htm>

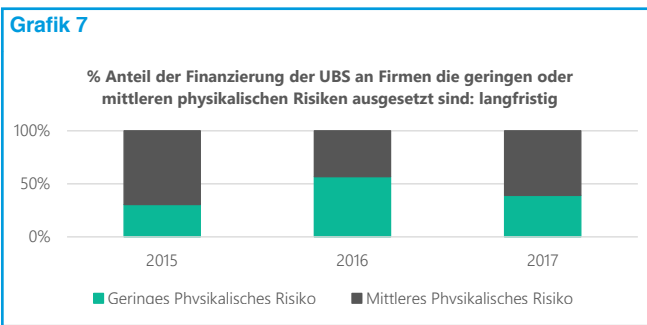
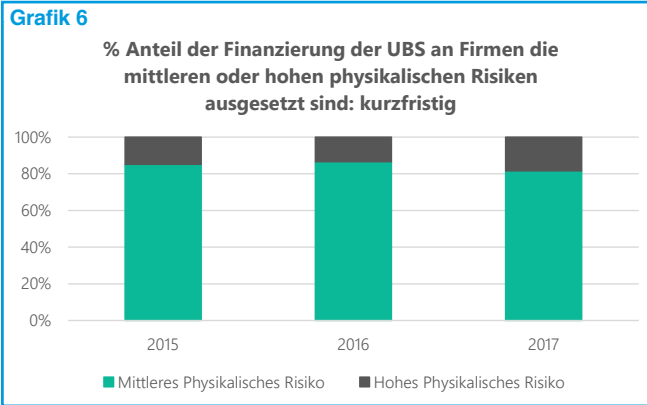
⁷ Die nachstehende Beschreibung der verschiedenen Risiko-Klassifizierungen (niedrig, mittel, hoch) stammt von ISS Ethix: Niedrig klassifiziertes physikalisches Risiko: Kein Risiko oder bloss mittel- bis langfristige (5 Jahre oder mehr) potenzielle Risiken, bei

Aus der Analyse geht hervor, dass zwischen 2015 und 2017 der prozentuale Anteil der Finanzierung beider Banken an Unternehmen mit hohen kurzfristigen physikalischen Risiken angestiegen ist. Insgesamt leistete die Credit Suisse absolut mehr Finanzierung an Unternehmen mit kurzfristig hohen physikalischen Risiken, während die UBS absolut mehr Finanzierung an Firmen mit kurzfristig mittleren physikalischen Risiken vergab.

Die Grafiken 4-7 zeigen den Prozentsatz der Finanzierung beider Banken an Firmen mit kurzfristigen und langfristigen Risiken.



denen unsicher ist, inwieweit sie wesentlich sein könnten. Mittleres klassifiziertes physikalisches Risiko: Auftretende Risiken, die insgesamt das Potenzial haben, mittelfristig wesentliche Auswirkungen zu haben. Hohes klassifiziertes physikalisches Risiko: Unmittelbarere Risiken, die einen wesentlichen Einfluss haben können.



Die Spitze des Eisbergs

Der Blick auf die Finanzierung von lediglich 47 Unternehmen im Bereich der extremen fossilen Brennstoffe durch die Credit Suisse und die UBS zeigt mit aller Deutlichkeit, dass diese Geschäftsbeziehungen enorme Auswirkungen auf das Klima haben. Hätten wir auch die Finanzierung von Unternehmen im Bereich konventioneller fossiler Brennstoffe sowie von weiteren kohlenstoffintensiven Kunden in die Analyse miteinbezogen, dann wäre der klimaschädigende Einfluss der beiden Banken noch weit grösser.

Da es keine verbindlichen Regeln für die Berichterstattung über Klimarisiken gibt, haben bisher nur wenige progressive Finanzinstitute in Europa damit begonnen, ihre Geschäftstätigkeit zu analysieren und zu berichten, inwiefern sie zum Klimawandel beitragen und diesem gleichzeitig ausgesetzt sind. Und nur wenige haben damit begonnen, ihr Geschäftsmodell an die neue Klimarealität anzupassen.

Was geschehen muss

Die Credit Suisse und die UBS müssen:

- dringend klare und zeitgebundene Pläne vorlegen, um all ihre Finanzströme in Einklang mit dem im Pariser Klimaabkommen aufgezeichneten Weg zu bringen.
- die Finanzierung von neuen Kohlekraftwerken weltweit einstellen.
- keine Unternehmen mehr finanzieren, die neue Kohlekraftwerke realisieren.
- die Finanzierung von Unternehmen beenden, die mehr als 30 Prozent ihres Stroms mit Kohle erzeugen.
- die Finanzierung einstellen für Unternehmen mit einer installierten Kohlekapazität von mehr als 10 GW.
- die Finanzierung von Bergbauunternehmen beenden, die pro Jahr mehr als 20 Millionen Tonnen Kohle fördern oder deren Umsatz zu 30 Prozent oder mehr aus dem thermischen Kohleabbau generiert wird.
- die Finanzierung von Unternehmen einstellen, die für ihre Projekte vorgängig nicht die Zustimmung der betroffenen indigenen Völker eingeholt haben und die gegen internationale Abkommen über die Rechte indigener Völker verstossen.
- die Finanzierung von Projekten einstellen, für die die Zustimmung der betroffenen indigenen Völker nicht vorliegt und die gegen internationale Abkommen über die Rechte indigener Völker verstossen.
- bestehende Finanzierungen auslaufen lassen und die finanzielle Unterstützung ausschliessen von Unternehmen, die Teersand-Expansionsplänen haben oder mehr als 30 Prozents ihres Geschäfts in der Teersandbranche machen (Exploration, Produktion, Transport). Auch die direkte Finanzierung von Teersand-Projekten ist einzustellen und künftig auszuschliessen.
- die Finanzierung von Unternehmen auslaufen lassen, die in extreme fossile Brennstoffe wie Öl aus der Arktis und der Tiefsee, LNG-Exporte (Liquid Natural Gas, Flüssigerdgas) investieren. Die Neufinanzierung solcher Unternehmen ist auszuschliessen.

Kontakt:

Peter Haberstich

Finance Campaign

peter.haberstich@greenpeace.org

GREENPEACE

Greenpeace Schweiz

Badenerstrasse 171

8036 Zürich